

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Der Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags



Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit



Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS

Der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags



Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg



Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Der Präsident der Unternehmer Baden-Württemberg



Der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg



Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Der Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg



Der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg



Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration des Landes Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Baden-Württemberg



Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2023-2027

I. Präambel

Die Partnerinnen und Partner des Ausbildungsbündnisses – das Land, die Kammern und Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Landesverbände – setzen sich für ein starkes und leistungsfähiges berufliches Ausbildungssystem in Baden-Württemberg ein. Alle, die sich in der beruflichen Ausbildung und auf dem Weg dorthin engagieren – insbesondere die Lehrkräfte an allgemein bildenden und beruflichen Schulen, die Berufsberaterinnen und Berufsberater der Agenturen für Arbeit, die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater der Kammern, die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben und den überbetrieblichen Bildungsstätten und die ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer – sowie die Auszubildenden selbst verdienen dabei große Wertschätzung.

Wir sind als Bündnispartnerinnen und -partner überzeugt, dass das System der beruflichen Ausbildung entscheidend zur Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft und zu einer geringen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit im Land beiträgt.

Nur mit gut ausgebildeten Fachkräften werden wir auch in Zukunft die zahlreichen Herausforderungen meistern, mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten und zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Unser Ziel als Bündnis ist es daher, möglichst viele neue Talente zu gewinnen und allen ausbildungsinteressierten Menschen, insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die dies anstreben, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Dafür sind die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung weiter zu steigern und frei von Geschlechterklischees und sonstigen stereotypischen Rollenmustern neue Talente auf ihrem Weg dahin und bei Bedarf während der beruflichen Ausbildung entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen zu begleiten und zu fördern. Der Erwerb von Berufswahlkompetenz bildet dabei einen Schwerpunkt.

Mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen sollen für eine berufliche Ausbildung begeistert werden, aber auch für Karrierewechslerninnen und Karrierewechsler bietet die berufliche Ausbildung vielfältige Chancen, Integrations- und Karrieremöglichkeiten.

In der Corona-Pandemie hat sich die berufliche Ausbildung als krisenfest erwiesen. Begonnene Ausbildungsverhältnisse konnten trotz der Beeinträchtigungen erfolgreich abgeschlossen und sämtliche Abschlussprüfungen ohne relevante Verzögerungen durchgeführt werden. Entscheidend zur Funktionsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems beigetragen haben dabei gleichermaßen staatliche Unterstützungsmaßnahmen, das große Ausbildungsengagement der Betriebe, die große Flexibilität beruflicher Schulen bei der Umstellung auf Fernlernen und die Auszubildenden, die trotz großer Einschnitte und Beschränkungen am Ziel des erfolgreichen Ausbildungsabschlusses festhielten. Weiterhin wurde ein großer Anteil der Auszubildenden nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss vom eigenen Betrieb in ein anschließendes Beschäftigungsverhältnis übernommen (rund 75 Prozent). Als Ausbildungsbündnis setzen wir uns dafür ein, dass die Berufsausbildung auch in Zukunft als stabilisierender Faktor in Krisensituationen wirken kann. Ein starkes Ausbildungssystem bietet Perspektiven und Halt gerade auch in schwierigen Zeiten.

An langfristigen Herausforderungen für die berufliche Ausbildung sehen die Partnerinnen und Partner des Ausbildungsbündnisses insbesondere folgende Themen:

- Demografische Entwicklung

Der demografische Wandel stellt den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen. Zunehmende Renteneintritte haben einen hohen Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften zur Folge. Dieser kann nicht allein durch die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie die ungebrochen große Integrationsleistung des dualen Ausbildungssystems bei der Aufnahme geflüchteter Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund kompensiert werden. Um den Bedarf zu decken, sind alle inländischen Potenziale zu heben. Darüber hinaus bleibt eine gezielte Zuwanderung in Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses unverzichtbar, wobei wir dabei entstehende globale Auswirkungen im Blick behalten werden und in unsere Entscheidungen einfließen lassen.

- Transformation zu einer digitalen und nachhaltigen Wirtschaft

Die digitale Transformation und der Wandel hin zu einer CO₂-neutralen und nachhaltigen Wirtschaft haben das Potenzial, Qualifikations- und Tätigkeitsprofile grundlegend zu verändern. In der Folge führt dies zur kontinuierlichen Weiter- und auch Neuentwicklung von Berufsbildern. Zukunftsorientierte und sinnstiftende Ausbildungsberufe sowie neue Lehr- und Lernformate steigern die Attraktivität der beruflichen Ausbildung. Durchgehend steigt damit aber auch die Anforderung, dass Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende Veränderungs- und Innovationsbereitschaft entwickeln und Resilienz für sich

kontinuierlich ändernde Rahmenbedingungen erwerben. Veränderungs- und Innovationsbereitschaft, Resilienz und Orientierung gilt es auch für alle in Schule und Ausbildung engagierten Menschen zu erhalten und weiter zu entwickeln.

- Allgemeine Krisensituationen

Aufgabe des Systems der beruflichen Ausbildung ist, die berufliche Handlungsfähigkeit von Auszubildenden in jedem einzelnen Ausbildungsberuf herzustellen. Die Funktionsfähigkeit des Systems der beruflichen Ausbildung muss auch in Krisenzeiten gewährleistet sein. Dies erfordert rasche und abgestimmte Reaktionen auch des Ausbildungsbündnisses, um negative Auswirkungen – wie beispielweise in der Corona-Pandemie erlebt oder durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst – auf die berufliche Ausbildung möglichst gering zu halten. Insbesondere für die Auszubildenden, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn und ihrer Persönlichkeitsentwicklung stehen, ist es von enormer Bedeutung, durch den Erhalt von Alltagsstrukturen Sicherheit zu erfahren und Perspektiven entwickeln zu können.

Daraus ergeben sich für uns als Bündnis die folgenden fünf Handlungsfelder:

1. Berufliche Orientierung – Wirksamkeit erhöhen
2. Chancengarantie – Wege in Ausbildung aufzeigen
3. Erfolgreiche Ausbildung – Lernorte bei der Qualitätsentwicklung unterstützen
4. Transformation – für eine digitale und nachhaltige Wirtschaft ausbilden
5. Duales Ausbildungssystem – Funktionsfähigkeit erhalten

II. Handlungsfelder

1. Berufliche Orientierung – Wirksamkeit erhöhen

Wir Bündnispartnerinnen und -partner wollen gemeinsam und unter Federführung des Kultusministeriums ausgehend vom bestehenden Landeskonzept Berufliche Orientierung Baden-Württemberg die Umsetzung der Beruflichen Orientierung verbessern. Zentraler Maßstab wird dabei die Verbindlichkeit und Qualität von Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung und eine nachhaltige Verbesserung der Berufswahlkompetenz von Schülerinnen und Schülern sein. Es ist unser Ziel, junge Menschen individuell zu unterstützen und die Besetzung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote voranzutreiben. Leitbild für alle Akteure der Beruflichen Orientierung ist ein verbindlicher, transparenter und landesweiter Standard des systematischen Aufbaus der Berufswahlkompetenz. Regionale Vernetzung und Transparenz stellt die dezentrale

Umsetzung auf der regionalen Ebene durch die Schulen vor Ort sicher. Hier sind insbesondere Schule und Berufsberatung gefragt, die ihre Zusammenarbeit in der Rahmenvereinbarung „Schule – Berufsberatung“ festgelegt haben. Die Umsetzung der Beruflichen Orientierung soll an allen allgemein bildenden weiterführenden Schulen und beruflichen Vollzeitschulen wirksamer werden.

Dabei muss die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung noch deutlicher herausgestellt werden. Die derzeit guten Chancen für junge Menschen auf einen Ausbildungsplatz sind hervorzuheben – auch angesichts der während der Corona-Pandemie entstandenen gefühlten beruflichen Unsicherheit bei manchen jungen Menschen, insbesondere mit niedrigeren Schulabschlüssen. Die Anbahnung von Ausbildungsverhältnissen über frühzeitige und niedrigschwellige betriebliche Praxiskontakte im kompetenzorientierten Prozess der Beruflichen Orientierung soll intensiviert werden.

2. Chancengarantie – Wege in Ausbildung aufzeigen

Als Bündnispartnerinnen und -partner erachten wir neben der Umsetzung der auf Bundesebene zu vereinbarenden Ausbildungsgarantie eine Chancengarantie als wichtig: Jedem ausbildungsinteressierten Menschen soll die Chance gegeben werden, seinen Pfad in die berufliche Ausbildung zu finden. Damit soll auch dem Gedanken „keiner darf verloren gehen“ Rechnung getragen werden. Dabei steht Menschen mit Unterstützungsbedarf ein breit ausdifferenziertes Instrumentenportfolio der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung, das im Rahmen der Ausgestaltung der Ausbildungsgarantie auf Bundesebene noch ausgeweitet werden soll. In Baden-Württemberg etablierte Maßnahmen können bei Bedarf die Elemente der bundesweiten Ausbildungsgarantie ergänzen. Der direkte Übergang in eine betriebliche Ausbildung hat dabei stets Vorrang und soll jederzeit möglich sein. Im Bündnis setzen wir uns für leistungsfähige und aufeinander abgestimmte Bildungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Für die Umsetzung einer Chancengarantie sind zudem ausreichend Ausbildungsplätze vor Ort nötig.

Als Bündnispartnerinnen und -partner nehmen wir verstärkt einzelne Zielgruppen in den Blick, wie Jugendliche mit weiterem Unterstützungsbedarf oder junge Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund. Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung tragen ein höheres Risiko der Arbeitslosigkeit und sollen dabei unterstützt werden, einen Berufsabschluss zu erlangen. Auch Menschen mit Einschränkungen oder Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot sollen vor und während der beruflichen Ausbildung die notwendige Unterstützung erhalten. Auch sie sollen im gleichen Maße in ihrer Berufswahlkompetenz gestärkt werden.

Die Teilzeitausbildung ist für Personen, deren persönliche Situation eine Berufsausbildung in Vollzeit zu absolvieren nicht ermöglicht, eine gute Alternative, um dennoch einen Berufsabschluss zu erlangen.

Als Bündnispartnerinnen und -partner bringen wir die Umsetzung des Reformkonzepts zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf weiter voran, mit dem Ziel einer Flächendeckung bis 2025. Wichtige Bausteine hierbei sind ein regionales Übergangsmanagement bei den Stadt- und Landkreisen, welches auch Transparenz über den regionalen Verbleib der Schulabgänger schafft, und der Bildungsgang „Ausbildungsvorbereitung dual“ (AVdual). AVdual ist integrativ und inklusiv ausgelegt. Die systematische Berufliche Orientierung als weiterer Baustein des Reformkonzepts soll weiter ausgebaut werden.

Um die Integrationschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Arbeitswelt und Gesellschaft zu verbessern, setzen sich die Bündnispartnerinnen und -partner auch für die weitere Stärkung des landesweit vorhandenen Netzes an Jugendberufsagenturen ein. Die Jugendberufsagenturen setzen ihre Handlungsschwerpunkte anhand regionaler Handlungsbedarfe und passend zu den Rahmenbedingungen vor Ort – auch unter Einbeziehung des regionalen Übergangsmanagements sowie der Staatlichen Schulämter.

3. Erfolgreiche Ausbildung – Lernorte bei der Qualitätsentwicklung unterstützen

Als Bündnispartnerinnen und -partner sehen wir uns verpflichtet, die Qualität der beruflichen Ausbildung in Betrieben, Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten der Wirtschaft kontinuierlich weiter zu entwickeln. Die zunehmende Heterogenität der Auszubildenden ist dabei eine zentrale Herausforderung. Wir setzen uns für eine moderne Bildungsinfrastruktur ein. Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Berufsschullehrkräfte müssen sich stetig weiterqualifizieren können und hierfür ausreichend Zeit und Wertschätzung erhalten. Instrumente der betrieblichen Qualitätssicherung wie der ganzheitliche Ausbildungsnachweis müssen stärker genutzt werden.

Eine hohe Qualität der beruflichen Ausbildung trägt dazu bei, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Mit bewährten Instrumenten wie der Assistierten Ausbildung (AsA) und Programmen des Landes wie „Erfolgreich-ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ können Jugendliche mit Unterstützungsbedarfen und Betriebe vor und während der beruflichen Ausbildung unterstützt werden.

Besonders leistungsstarke und motivierte Auszubildende sollen zusätzliche Angebote erhalten, bspw. Möglichkeiten zum Erwerb von Zusatzqualifikationen oder zu

Auslandsaufenthalten während der beruflichen Ausbildung. Gerade Auslandsaufenthalte dienen nicht nur dem Spracherwerb, sondern auch der Persönlichkeitsentwicklung und sind wichtige Erfahrungen, die Auszubildenden gleichermaßen wie Studierenden offenstehen sollten.

4. Transformation – für eine digitale und nachhaltige Wirtschaft ausbilden

Im Bündnis sehen wir die berufliche Bildung als ein zentrales strategisches Handlungsfeld, um die Transformation zu einer digitalen und nachhaltigen Wirtschaft zu gestalten, z. B. in der Energie- und Automobilwirtschaft, der Dienstleistungswirtschaft und im Handwerk.

Im dualen Ausbildungssystem werden die Ausbildungsinhalte durch die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner auf Bundesebene kontinuierlich weiterentwickelt und an neue Anforderungen angepasst. Bei Bedarf werden auch neue Ausbildungsberufe geschaffen. „Digitalisierte Arbeitswelt“ sowie „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ sind als Standardberufsbildpositionen in alle neu geregelten Ausbildungsberufe verpflichtend aufgenommen worden. Die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner in Baden-Württemberg bringen landesspezifische Bedarfe in den weiteren Modernisierungsprozess von Ausbildungsberufen ein.

Um den Anforderungen moderner Berufsbilder gerecht zu werden und die Qualität der beruflichen Ausbildung zu sichern, setzen sich die Bündnispartnerinnen und -partner das Ziel, das Fortbildungsangebot für Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben und überbetrieblichen Bildungsstätten sowie für Lehrkräfte an den Berufsschulen zu stärken, und dabei neben der fachlichen Kompetenz die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz sowie die Nachhaltigkeit auch in Lernortkooperation besonders zu berücksichtigen.

5. Duales Ausbildungssystem – Funktionsfähigkeit erhalten

Trotz der deutlichen Rückgänge bei der Zahl der neuen Auszubildenden während der Corona-Pandemie, deren Auswirkungen immer noch spürbar sind, hat sich das duale Ausbildungssystem in Baden-Württemberg auch in dieser Krise bewährt. Wir setzen alles daran, auch in künftigen Krisensituationen schnell und abgestimmt mit geeigneten Maßnahmen zu reagieren und so zur Stabilität des baden-württembergischen Ausbildungsmarkts beizutragen.

Passungsprobleme zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage bestehen nach wie vor. Um die Mobilität von Auszubildenden zu unterstützen und die Flexibili-

tät bei der Ausbildungsplatzwahl zu erhöhen, setzen wir uns weiterhin für kostengünstige ÖPNV-Angebote und mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende ein. Dabei sind die Entwicklungen auf Bundesebene eng zu begleiten und auf geeignetem Weg im Land umzusetzen. Die Bündnispartnerinnen und -partner setzen sich mit eigenen Maßnahmen dafür ein, ein besseres Matching zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und Ausbildungsbetrieben zu erreichen.

Um alle Potenziale für die berufliche Ausbildung zu heben, unterstützt das Bündnis gezielt geeignete ausbildungsfähige und -willige junge Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die sich bereits in Deutschland befinden. Das Bündnis unterstützt zudem Initiativen, um Auszubildende aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten zu gewinnen und ihnen eine dauerhafte Perspektive zu bieten.

Verstärkt in den Blick genommen werden sollen Karrierewechslerninnen und Karrierewechsler. Dies gilt sowohl für Auszubildende als auch für Studierende, die ihre Ausbildung oder ihr Studium nicht fortsetzen können oder wollen. Diese sollen frühzeitig eine weiterführende passgenaue berufliche Orientierung erhalten. Dabei unterstützen und beraten u. a. die zuständigen Stellen, die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit sowie die jeweiligen Zentralen Studienberatungsstellen der Hochschulen in Baden-Württemberg. Wir erachten diese Momente einer persönlichen Erwerbsbiografie als besonders beratungs- und unterstützungsbedürftig.

III. Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierung

Das Wirtschaftsministerium setzt seine regelmäßig im Frühjahr und Herbst stattfindenden Spitzengespräche zur Ausbildungssituation in Baden- Württemberg mit den Bündnispartnerinnen und -partnern fort. Die Steuerungsgruppe Ausbildung bereitet die Spitzengespräche zur Ausbildungssituation vor.

Die Bündnispartnerinnen und -partner werden anlässlich der Spitzengespräche zur Ausbildungssituation die Umsetzung der hier vereinbarten Themenschwerpunkte regelmäßig bilanzieren. Sie vereinbaren, bei der Öffentlichkeitsarbeit rund um das Bündnis die Lage und die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt so differenziert wie möglich darzustellen.

Das bedeutet:

- Bei der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit (Spitzengespräch) werden die Zahlen der Agenturen für Arbeit (d. h. die Zahl der unversorgten, der alternativ verbliebenen und der unbekannt verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber sowie die der unbesetzten Stellen), und die Daten der Kammern (insbesondere die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge) kommuniziert.
- Dabei werden alle verschiedenen Möglichkeiten des Verbleibs (z. B. Ausbildung, Schule, berufsvorbereitende Maßnahme, Erwerbstätigkeit) aufgeführt.
- Für die Gesamtbilanzierung werden die statistischen Daten der nationalen Bildungsberichterstattung berücksichtigt und alle institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausgewiesen.

Bewertung

Die Zusammenarbeit der Bündnispartnerinnen und -partner erfolgt angesichts der gemeinsamen Verantwortung für die Ausbildungsperspektiven der Jugendlichen und die Fachkräftesicherung im gegenseitigen Vertrauen und Einvernehmen.

Bei der Bewertung der Zielerreichung verpflichten sich alle Bündnispartnerinnen und -partner auf eine gemeinsame und einvernehmliche Kommunikation des Erreichten. Es besteht Einigkeit, dass eine solche gemeinsame und einvernehmliche Bewertung in der Öffentlichkeit die pragmatische Arbeit an den gemeinsamen Zielen unterstützt und die Verantwortung aller Bündnispartnerinnen und -partner deutlich macht.

Im Frühjahr wird auf Basis der Zahlen der Agenturen für Arbeit sowie der Daten der Kammern und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter Berücksichtigung der nationalen Bildungsberichterstattung die Umsetzung der Bündnisvereinbarungen bewertet. Zudem werden – neben der Bilanzierung der eigenen Aktivitäten aller

Bündnispartnerinnen und -partner im vorangegangenen Bündnisjahr und der Darstellung der Ergebnisse der Nachvermittlungsaktionen – weitere Indikatoren zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt veröffentlicht. Dabei nehmen die Bündnispartnerinnen und -partner die Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber, die Anzahl der Einmündungen in Ausbildung, den Übergangsbereich der integrierten Ausbildungsberichterstattung und die alternativ verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber in den Blick.

Die gemeinsame Bewertung und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit orientieren sich an den folgenden sechs Kriterien:

1. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
2. Die Zahl der alternativ verbliebenen Jugendlichen und deren Entwicklung im Zeitverlauf
3. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
4. Die Zahl der unbekannt verbliebenen Jugendlichen und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
5. Die vorrangige Vermittlung in duale Ausbildung und deren Entwicklung im Zeitverlauf anhand folgender Kennzahlen:
 - Zahl der Einmündungen in duale Ausbildung;
 - Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber;
 - Zahl der über 25-jährigen Bewerberinnen und Bewerber und Einmündungen;
 - Zahl der Einmündungen in Erwerbstätigkeit;
 - Zahl der Jugendlichen in schulischen Ausbildungsgängen ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder weiterführenden Schulabschluss.
6. Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen, differenziert nach Voll- und Teilzeitbereich.

Nachrichtlich werden ausgewiesen:

- Ausbildungsentwicklung in den schulisch geregelten Ausbildungsberufen in den Bereichen Erziehung, Pflege und Gesundheit.
- Einmündungen in ein duales Studium (Duale Hochschule Baden-Württemberg).
- Zahl und Anteil der Auszubildenden mit (Fach-)Hochschulreife.
- Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.

Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
Baden-Württemberg

Sandra Boser MdL

Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und
Sport Baden-Württemberg

Petra Olschowski MdL

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Baden-Württemberg

Dr. Ute Leidig MdL

Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit
und Integration Baden-Württemberg

Marjoke Breuning

Vizepräsidentin des Baden-Württembergischen
Industrie- und Handelskammertags e.V.

Thomas Bürkle

Vizepräsident der Unternehmer Baden-Württemberg e.V.

Rainer Reichhold

Präsident des Baden-Württembergischen
Handwerkstags e.V.

Dr. Björn Demuth

Präsident des Landesverbands der Freien Berufe
Baden-Württemberg e.V.

Kai Burmeister

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds
Baden-Württemberg

Christian Rauch

Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion
Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit

Ralf Broß

Geschäftsführendes Vorstandmitglied des Städtetags Ba-
den-Württemberg e.V.

Joachim Walter

Präsident des Landkreistags
Baden-Württemberg e.V.

Steffen Jäger

Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg e.V.

Stuttgart, 4. Mai 2023